

Offener Brief: Solidarität mit der HDP - Gegen die Autokratisierung der Türkei

Wir, die Verfasser*innen und Unterzeichner*innen dieses Aufrufes, stellen uns hiermit deutlich gegen das Verbot der zweitgrößten Oppositionspartei HDP, ein pro-kurdisches Linksbündnis, in der Türkei. Die 2012 gegründete Partei ist ein Zusammenschluss verschiedenster antirassistischer, feministischer, ökologischer und progressiver Gruppen und ist Hoffnungsträgerin von über 6 Millionen Wähler*innen - davon tausende türkeistämmige Deutsche, die wiederholt dieser Oppositionsbewegung ihre Stimme gegeben haben.

Am Mittwoch, den 17.3.2021 beantragte Generalstaatsanwalt Bekir Şahin, das Verbot der HDP, begründet mit dem Vorwurf, die HDP wolle die Einheit des Staates stören. Es sind schauerliche Botschaften in einer Sprache, die man gerade in Europa noch zu gut kennt, eine Sprache, die versucht, Teile der Bevölkerung systematisch auszuschließen, während sie auf Einheit und Vaterlandstreue schwört. Ein Verbot der HDP ist ein schwerer Schlag gegen alle Wähler*innen und Unterstützer*innen dieser Bewegung, sowohl in der Türkei als auch in Deutschland, die sich deutlich gegen Rechtsextremismus, Islamismus und Rassismus einsetzen und der HDP ihre Stimme gaben. Das Verbot der HDP ist damit nicht nur ein außenpolitisches sondern auch ein innenpolitisches Thema, denn es betrifft alle progressiven Kräfte der migrantischen Szene Deutschlands. Konsequenterweise antirassistisch sein bedeutet, auch diese zu unterstützen.

Ein langer Weg der Repression begleitet die Geschichte der HDP, die 2015 das Unmögliche schaffte: Sie überwand die 10% Hürde des türkischen Parlaments, die prozentuell höchste Hürde für den Einzug in ein nationales Parlament weltweit. Bis dato war das türkische Parlament von islamisch-konservativen, rechtsnationalistischen und kemalistisch-nationalistischen Parteien geprägt. Der Einzug der HDP war eine Chance für alle, die sich eine Demokratisierung der Türkei herbeisehnten, wie auch für Millionen von Kurd*innen im Land, die seit der Gründung der türkischen Republik 1923 Diskriminierung und Verfolgung erfahren mussten. Wiederholt versuchten kurdische Parteien, die Repräsentation der Gruppe im türkischen Parlament zu erreichen, was jedoch immer wieder in Verbote mündete. Sechs kurdische Parteien wurden bereits seit 1993 verboten, doch Politiker*innen gründeten immer wieder neue Parteien: Zuletzt die BDP, später zusammengeschlossen im Bündnis als DBP. Diese bildet einen wichtigen Teil des Bündnisses, aus dem die HDP sich speist und in der Kurd*innen ihre politische Vertretung sehen. Viele Stimmen bekam die HDP ebenfalls aus der deutsch-türkischen Community, mit dem Wunsch, dass Jahre des Autoritarismus in der Türkei durch eine neue progressive Kraft wie die HDP im Parlament ein Ende haben würden. Gerade der Wahlkampf der HDP in Europa, der noch im Zeichen der Gezi-Protteste Menschen für Frieden, Koexistenz und Freiheit vereinte, wurde maßgeblich von einer diasporischen Community geleitet, die sich Demokratisierung und Frieden für das eigene Herkunftsland wünscht.

Trotz einer wachsenden sozialen Bewegung unter dem Dach der HDP, die Hoffnung machte für eine demokratische Türkei, geriet das Linksbündnis immer weiter ins Fadenkreuz der Regierung. Kurz nach dem Rekordergebnis der Parlamentswahl von 2015, als die HDP mit 13,1% Einzug hielt, hinderte die Oppositionspartei Präsident Erdoğan bei der Erstellung seines autokratischen Systems, indem sie ihm und seiner Regierungspartei AKP die absolute Mehrheit nahm. Durch Millionen von Stimmen wurde die HDP zwar ins türkische Parlament gewählt, doch was bis heute folgte, waren Jahre der Diskriminierung,

Diskreditierung und Verleumdung von Amtsträger*innen der HDP. Beispiellos wurden oppositionelle Abgeordnete, Bürgermeister*innen, Aktivist*innen und Journalist*innen verfolgt, bedroht und zahlreich in Haft gesteckt, was gerade die Bundesrepublik Deutschland bei den Fällen von Meşale Tolu und Deniz Yücel am eigenen Leibe erfahren musste. Die ehemaligen Ko-Vorsitzenden der Partei, Selahattin Demirtaş und Figen Yüksekdağ, sind seit 2016 inhaftiert, obwohl erst im Dezember 2020 der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte urteilte, die Inhaftierung sei nicht rechtmäßig und Demirtaş solle sofort freigelassen werden. Seit den Kommunalwahlen von 2019 sind zudem ein Großteil der 67 gewählten HDP-Bürgermeister*innen abgesetzt und durch Zwangsverwalter der AKP ersetzt worden. Die zusätzliche Autokratisierung des Staates seit dem zivilen Putsch von 2016 hat darüber hinaus die Fronten verhärtet, die Gefängnisse der Türkei weiter mit politischen Gefangenen gefüllt und ein Klima von Unterdrückung und Bedrohung erzeugt, denn nicht zuletzt das Verfassungsreferendum der Türkei von 2017 hat Erdoğan's Alleinherrschaft faktisch besiegelt.

Das Verbotsverfahren ist ein gefährliches Signal an die übriggebliebenen und isolierten Demokrat*innen der HDP und hiermit stellen wir uns ausdrücklich dagegen und fordern, dass die Bundesregierung den Rücken der demokratisch legitimierten Oppositionspartei HDP stärkt. Die Türkei ist nicht nur eine wichtige staatliche Partnerin Deutschlands, auch die Bevölkerungen beider Länder sind eng verbunden. Gerade in diesem Kontext ist eine Autokratisierung einer so wichtigen Partnerin und der Wegfall dieser Oppositionskraft verhängnisvoll und muss um jeden Preis verhindert werden. Von der Zivilgesellschaft in Deutschland fordern wir eine konsequente Haltung gegenüber allen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, egal aus welchem Hintergrund. Wir stehen konsequent gegen Rechtsextremismus und Autoritarismus und somit an der Seite der HDP.

Unterschreiber*innen Institutionell:

Amadeu Antonio Stiftung
Initiative Schwarze Menschen in Deutschland Bund e.V.
Bühne für Menschenrechte
Bildungsstätte Anne Frank
Forum demokratische Kultur und zeitgenössische Kunst
Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Hay Stab Germany - Humanitäres armenisches Kollektiv

Unterschreiber*innen Individuell:

Anetta Kahane, Vorstandsvorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung
Cem Özdemir, MdB
Meşale Tolu, Autorin & Journalistin
Klaus Lederer, Bürgermeister und Kultur- und Europasenator von Berlin
Carolin Emcke, Autorin
Düzen Tekkal, Politikwissenschaftlerin & Menschenrechtsaktivistin
Cemile Sahin, Künstlerin & Autorin
Sigmount Königsberg
Canan Bayram, Mitglied des Deutschen Bundestages
Eliyah Havemann
Imran Ayata, Autor & Campaigner

Fatma Aydemir, Autorin
Hengameh Yaghoobifarah, Autor_in & Journalist_in
Margarete Stokowski, Autorin
Rosa Burç, Politikwissenschaftlerin
Hito Steyerl, Filmemacherin & Autorin
Berivan Aymaz, MdL Grüne Landtagsfraktion NRW
Julia Schramm, Politikerin DIE LINKE und Publizistin
Ali Ertan Toprak, Bundesvorsitzender Kurdische Gemeinde Deutschland
Marcel Roth, Landesvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN BW
Ismail Küpeli, Politikwissenschaftler
Doris Akrap, Journalistin
Bini Guttmann, Präsident European Union of Jewish Students
Daniel al-Kayal, Autor
Ronya Othmann, Autorin
Ninve Ermagan, Autorin & freie Journalistin
Patrice Poutrus, Zeithistoriker und Migrationsforscher an der Universität Erfurt
Dastan Jasim, Politikwissenschaftlerin
Serpil Temiz Unvar, Mutter des am 19.2. ermordeten Ferhat Unvar
Kemal Bozay, Professor für Sozialwissenschaften, Köln
Alev Korun, Ex-Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses im Öst. Nationalrat & Sprecherin des 10. Bundeslandes der Öst. Grünen
Koray Yilmaz-Günay, Verleger
Sarah-Lee Heinrich, Aktivistin für Soziale Gerechtigkeit, Bundesvorstand Grüne Jugend
Mario Sixtus, Filmemacher und Autor
Alexander Waltschew
Adil Demirci, Sozialwissenschaftler
Ricarda Lang, Stellvertretende Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Remko Leemhuis, Direktor American Jewish Committee, Lawrence & Lee Ramer Institute for German Jewish Relations
Yael Adler, Journalistin, Fotografin und Gründerin des Magazins Aviva-Berlin
Benjamin Garabedian, Arzt und Public Health Forscher
Mahir Tokatlı, Politikwissenschaftler an der Universität Bonn
Civan Akbulut, Mitglied im Integrationsrat Essen
Derya Türk-Nachbaur, SPD Kreisvorsitzende im Schwarzwald-Baar Kreis und Bundestagskandidatin
Leon Kahane, Künstler
Ersan Mondtag, Regisseur
Fabian Bechtle, Künstler
Ilias Kevork Uyar, Rechtsanwalt
Yüksel Yavuz, Filmemacher
Nicolaus Schafhausen, Kurator und Strategic Director Fogo Island Arts and Shorefast
Prof. Dr. Burak Çopur, Politikwissenschaftler
Burak Yılmaz, Pädagoge
Cansu Özdemir, Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft
Rênas Şahin, Aktivist der GRÜNEN JUGEND
Prof. Dr. Andreas Nachbaur, Jurist
Veronika Kracher, Publizistin
Ali Can, Sozialaktivist & Autor
Aziz Bozkurt, Bundesvorsitzender der AG Migration und Vielfalt in der SPD

Prof. Dr. Dr. Jan Ilhan Kizilhan, Leiter des Institute for Transcultural Health Science - Institut für transkulturelle Gesundheitsforschung
Anita Starosta, Medico International
Dr. Kamal Sido, Nahost-Experte, Göttingen
Prof. Dr. Manuela Bojadzjev, Wissenschaftlerin, Berlin
Max Zirngast, Journalist und Übersetzer
Charlotte Obermeier